



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Unsre Stellung zum Vatikan einst und jetzt. In Sachsen, der Hochburg des Protestantismus, bringt ein Marmruf gegen Rom immer die ganze wehrhafte Mannschaft auf die Beine. Die Nerven sind hier für konfessionelle Netzen aus bekannten Gründen empfindlicher als sonst in Norddeutschland, werden dafür aber auch oft genug ganz barbarisch strapaziert. So ist der Besuch des Kaisers im Vatikan in einem Teil der sächsischen Presse zur Aufstachelung der evangelischen Empfindungen in einer Weise mißbraucht worden, die ein ernstes Wort der Abwehr verlangt. Wer sich zum Verteidiger einer guten Sache aufwirft, hat zunächst die Pflicht, sich von der Reinheit seiner eignen Waffen zu überzeugen. Uns will scheinen, daß diese Prüfung vielfach bei der Agitation gegen die vatikanische Politik des Kaisers und des Grafen Bülow versäumt wird. Über die Vorgänge bei der Begegnung in Rom hat die ultramontane Publizistik, von Korrespondenten freisinniger Blätter auf das eifrigste unterstützt, eine ganze Reihe von falschen Meldungen in die Welt gesandt, die insofern ihren Zweck erfüllt haben, als sie der Presse Anlaß geben, sich noch immer mit dem Tag im Vatikan zu beschäftigen. Die authentischsten Dementis bleiben unbeachtet, und die Angriffe gegen die Reichsregierung werden auf derselben falschen Basis fortgeführt, auf der sie nach Eingang dieser irreführenden Meldungen begonnen worden sind. Es scheint demnach, daß die geängstigsten Bootsleute, die unser evangelisches Schifflein an den vatikanischen Ufern vorüberrudern, ihre Ohren nicht nur gegen die römischen Sirenenklänge verstopft haben. Noch immer wird darüber gekammert, daß der Kaiser seine Stirn zweimal tief auf die Hände des Papstes gebeugt habe; und doch ist diese Geschichte längst ins Reich der Fabeln gewiesen worden. Noch immer wird behauptet, Graf Bülow suche dem Deutschen Reiche die Schutzherrschaft über alle Missionen im Auslande zu verschaffen. „Wer das erstrebt — ruft ein Chemnitzer Blatt, das mit umevangelischem Eifer zur Meuterei gegen den Kapitän auffordert — verdient kein Vertrauen.“ Und doch sind die Meldungen von dem deutschen Weltprotectorat über die Missionen mit aller wünschenswerten Unzweideutigkeit als alberne Schiffermär abgetan worden. Fortwährend wird in demselben Blatt davon geredet, Graf Bülow habe sich im Trierer Streit hilflos nach Rom gewandt. Nein; er hat in Rom nicht um Hilfe gefleht, sondern er hat Beschwerde geführt, und zwar mit vollem Erfolg. Daß Graf Bülow bei diesem Vorgehn durchaus Bismarckschen Traditionen gefolgt ist, bleibt richtig, wie hartnäckig es auch von der Unwissenheit bestritten werden mag. Die klassischen Zeugnisse findet man in Bismarcks Reden und sonstigen Äußerungen. Es wird zur Beruhigung der Nerven dienen, wenn man sich in die Erinnerung ruft, wie er über den Nutzen von guten Beziehungen zur Kurie und ihre politische Verwertung gedacht hat.

Während der ersten Session des Reichstags nach dem französischen Kriege ließ er die feindselige Haltung der Zentrumsparthei bei der Kurie zur Sprache bringen mit dem Erfolge, daß Pius der Neunte das Auftreten der Katholikenparthei als inopportun und unpraktisch bezeichnete und beklagte. „Ich habe, schrieb Bismarck damals, die Gesandtschaft des Deutschen Reichs in Rom unterrichtet, damit sie Gelegenheit nehme, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Parthei . . . den Intentionen Seiner Heiligkeit entspreche.“ An die von Bismarck beabsichtigte Entsendung eines Kardinals als Gesandten beim Päpstlichen Stuhl ist in diesen Wochen zwar mehrfach erinnert worden; sie war ausdrücklich damit begründet, daß die deutsche Regierung, soviel an ihr liege, den Frieden mit der römischen Kirche zu pflegen bemüht sei. Während der Kämpfe um das Septennat wandte sich Bismarck an Leo den Dreizehnten mit der Bitte, die Abstimmung des Zentrums zu Gunsten der Vorlage der Regierung zu beeinflussen. Es erging darauf in dem gewünschten Sinn eine päpstliche Mahnung an das Zentrum, die aber bekanntlich von Windthorst zunächst geheimgehalten wurde. Als sich der Abgeordnete Richter später über diese „Hervorziehung des Papstes in einen innern deutschen Streit“ und über die „Einmischung

eines Ausländers" beschwerte, erwiderte ihm Bismarck, er würde sich nie bedacht haben, den Beistand eines Ausländers da zu acceptieren, zu erbitten, wo er glaube, daß er für unsre deutschen Interessen nützlich sei. „Das ist ja gerade das Wesen der Diplomatie, an deren Spitze ich bei uns stehe, daß man sich Freunde im Ausland verschafft . . . Wenn dieser Ausländer unser Freund ist, so ist seine Unterstützung mir jedenfalls willkommen, und ich würde glauben, die Interessen meines Landes aus rein nationalem Hochmut . . . zu schädigen, wenn ich die Unterstützung eines ehrlichen und mächtigen Herrn, wie es der Papst ist, deshalb ablehnte, weil er eben in Rom wohnt.“ Die Gesetze zur Beilegung des Kulturkampfes wurden vor ihrer parlamentarischen Verhandlung bis ins einzelne mit der Kurie durchgesprochen. „Ich habe, so begründete Fürst Bismarck sein Verfahren, diesem Wege den Vorzug gegeben, weil ich den Eindruck habe, daß ich bei dem Papste Leo dem Dreizehnten mehr Wohlwollen und mehr Interesse für die Befestigung des Deutschen Reichs und für das Wohlergehen des preussischen Staats finden würde, als ich zuzeiten in der Majorität des deutschen Reichstags gefunden habe.“ Fügen wir noch hinzu, daß Fürst Bismarck in der Karolinenfrage den Schiedsspruch des Papstes angerufen hat, so haben wir eine Reihe von Tatsachen beieinander, die für den Hartköpfigen laut genug sprechen. Sie lehren mit eindringlicher Deutlichkeit, daß Bismarck sein Verhältnis zur Kurie gar nicht eng genug gestalten zu können meinte und es politisch mit einer durch konfessionelle Beklemmungen nicht beeinträchtigten Seelenruhe nutzbar machte.

Nun wird Leo der Dreizehnte von unsern protestantischen Stürmern mit Namen bedacht, die der Gründlichkeit ihres Hasses alle Ehre machen. Wie aber sprach Bismarck von der Persönlichkeit dieses Papstes? Nur ein paar Äußerungen: er erwartet „von der Weisheit und Friedensliebe Leos des Dreizehnten mehr Erfolg für den innern Frieden Deutschlands, wie von den Verhandlungen im Reichstage.“ „Ich habe Vertrauen zu dem jetzt regierenden Papste.“ „Der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter, friedliebender Herr.“ Deutschland und Spanien haben sich „an die Weisheit und Friedensliebe Seiner Heiligkeit des Papstes gewandt, und der hat uns vertragen und auseinandergesetzt.“ Das mag genügen. Wenn Fürst Bismarck in so hohen Tönen den Papst lobte, so brauchen die Splitterrichter von heute wirklich nicht über eine herzliche Äußerung unsers Kaisers die Fassung zu verlieren. Ihnen gilt, was Bismarck einmal dem Abgeordneten Richter erwiderte: „Er hat mir vorgeworfen, daß ich dem Papste schmeichle. Er scheint gewünscht und erwartet zu haben, daß ich den Papst meinerseits brüskierte, ärgerte, kränkte und mit einer gewissen kulturkämpferischen Grobheit dem Haupte der katholischen Kirche gegenüberträte. Nun, daß er sich darüber wundert, daß ich mit einem fremden Souverän, mit dem wir in Freundschaft leben wollen, mit dem wir Freundschaft anstreben, in höflichen Ausdrücken spreche, das überrascht mich.“ Den Schluß der Rede, und was folgt, mögen die Interessenten für sich in der Stille lesen; das wird nicht ohne Gewinn für sie sein, schon mit Rücksicht auf den Ton, den ihnen gegen den Grafen Bülow anzuschlagen beliebt hat.

Beseitigung augenblicklicher Verlegenheiten durch Zugeständnisse an Rom, fortwährende Nachgiebigkeit gegen den Romanismus, und wie die Vitanei weiter geht, alle diese Sprüchlein erhalten keine innere Wahrheit dadurch, daß man sich an das Prinzip hält: Du mußt es dreimal sagen. Man mag doch endlich mit den beweisenden Tatsachen herausrücken! Welche Zugeständnisse an Rom hat Graf Bülow gemacht? Wir möchten wirklich einmal darauf eine phrasenlose Antwort haben. Das ewige Herumzerren an dem Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes genügt nicht mehr; hat doch in diesen Tagen wieder der Führer der nationalliberalen Partei, Herr Baffermann, erklärt, daß er eine Revision seines Standpunkts — für die Aufhebung des Paragraphen 2 — ablehne, dieses Standpunkts, den die Mehrheit verschiedener Reichstage, die Führer aller großen Parteien, Männer von der festen protestantischen Gesinnung eines Bennigsen eingenommen haben. Also heraus mit den fortwährenden Zugeständnissen des Grafen Bülow!

Unterdessen wollen wir den Verwaltern des Bismarckischen Gedankenerbes, die den Grafen Bülow des Abfalls von den kirchenpolitischen Grundsätzen seines großen Vorgängers beschuldigen, noch einige Dokumente unter die Augen halten. Da sie die Manen Bismarcks angerufen haben, so mögen sie nach ihrem Wunsche zu Worte kommen. Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, sagt Bismarck während des Kulturkampfes — und er selbst hat diese Ausführungen dann beim Abbruch der Maigesetze zitiert —, ist zu beurteilen wie jeder andre Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben. . . . Wir sind in Preußen nicht immer vorzugsweise Gegenstand dieses Kampfes gewesen, wir sind längere Zeit nicht als die Hauptgegner in diesem Kampfe von seiten der Kurie betrachtet worden. Friedrich der Große lebte vollständig im Frieden mit der römischen Kirche, während der damalige Kaiser des überwiegend katholischen österreichischen Staates im heftigsten Kampfe mit der katholischen Kirche begriffen war. In seiner berühmten Canossarede sagt er schon: Die Regierung schuldet den katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, deren wir im Interesse unsers innern Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenenden Weise gefunden werden kann. Er wartete nur das Erscheinen eines friedlichen Papstes ab, um in diese Wege einzulernen. So heißt es denn in dem von Bismarck gegengezeichneten Schreiben des Kronprinzen an den Papst nach dem Nobilingischen Attentat: Wenn es nicht in meiner und vielleicht auch nicht in Eurer Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in andern Ländern fühlbar gemacht hat, so bin ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, die sich aus diesem von den Vorfahren überkommenen Konflikt für beide Teile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und der Versöhnlichkeit zu behandeln, der das Ergebnis meiner christlichen Überzeugungen ist. Noch ein Wort aus dem Jahre 1887: Innerlich habe ich stets zugegeben, daß das, was er (der Staat) nicht absolut braucht, nachgegeben und konzediert, abgeschafft werden könne, wenn der Gegner großen Wert darauf lege. . . . Wir haben uns gar nicht zu fragen: was ist wünschenswert, was verdrießt uns in der ganzen Sache, was hätten wir anders gewünscht? sondern da, wo es sich um die Ausöhnung zwischen zwei großen Bruchteilen des deutschen . . . Volkes handelt, da müssen wir unsern katholischen Mitbürgern abgeben, was für uns entbehrlich ist.

Damit mag es genug sein. Wir haben von den kirchenpolitischen Gegnern des Grafen Bülow in diesen Tagen oft den Genius der deutschen Geschichte anrufen hören; welchen Genius sie gemeint haben, wissen wir nicht; der Genius Bismarcks kann es sicherlich nicht gewesen sein; es ist wohl „im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“

Der gegenwärtige Stand der Schulfrage. Wollte man die Einrichtung von Reformschulen zum Gegenstande der Abstimmung machen, sodas die Regierung nur die Exekutive hätte, so würden die Beweggründe bei Eltern und Lehrern — falls man diese mitstimmen ließe — nicht ganz gleich sein. Die Eltern haben den natürlichen Wunsch: Richtet die Schulen so ein, daß die „Umschulungen“ möglichst bequem sind, daß die Versetzungen möglichst regelmäßig alle Jahre erfolgen, wie das von manchen Reformschulen in Aussicht gestellt ist, daß der Termin für die Berufswahl möglichst hinausgeschoben wird. Die Lehrer werden eine Einrichtung wünschen, die nach ihrer Meinung am besten für die zukünftigen Aufgaben des Lebens vorbereitet und den Gesetzen der geistigen Entwicklung entspricht, sodas dabei zugleich von selbst eine Auslese der Begabtesten erfolgt, die dann am schnellsten vorwärtskommen. Auch der Staat hat seine Wünsche wegen der Beschaffenheit der heranwachsenden Jugend und zugleich das praktische Interesse der Verwaltung.

Aus diesen mannigfaltigen Antrieben eine „mittlere Linie“ des Fortschritts zu finden ist die Schwierigkeit der Gegenwart.

Aus den jüngsten Verhandlungen des Herrenhauses über diese Frage treten die verschiedenen Rücksichten nicht gleichmäßig hervor. Es wird zwar erwähnt, daß einzelne Klassen der Bevölkerung von den Reformschulen praktische Vorteile erwarten, aber nicht dies, daß den kleinen Städten der gemeinsame Unterbau eine große Erleichterung schafft; denn sie brauchen die drei untern Klassen nur einfach zu führen, auch in der Tertia könnten die Latein lernenden Jungen und die Realschüler noch in den meisten Fächern vereint unterrichtet werden, und die Eltern, die ihre Söhne später auf ein Gymnasium schicken wollen, könnten sie doch wenigstens bis zum Schluß der Obertertia, also etwa bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr, zu Hause behalten. Auch dies wird nicht angeführt, daß in Elternkreisen der Reformunterricht als der leichtere gilt. Sondern im wesentlichen nehmen die Redner den Grundsatz zur Voraussetzung, daß die beiden alten Sprachen nicht zu beseitigen sind, während doch das „Altonaer System“ an die Stelle des Griechischen das Englische setzt; nur über die Art des Betriebes herrscht Meinungsverschiedenheit.

Der Sanskritist Professor Alfred Hillebrandt weist in seiner Rede darauf hin, daß die Reformschulen aus zwei entgegengesetzten Antrieben entstanden seien. Teils deshalb, weil man den Humanismus mit Einschluß des Griechischen durch einen veränderten Betrieb kräftigen und erhalten, teils gerade, weil man die alten Sprachen herabdrücken wolle. Eine Sprache, z. B. Latein, müßten die Schüler doch wenigstens ordentlich erlernen. Die Vermehrung des Französischen gebe keinen Ersatz dafür; auch sei es widerspruchsvoll, erst mit sechs französischen Stunden einen hitzigen Anlauf zu nehmen, und den Unterricht dann auf drei und in fünf Klassen auf zwei Stunden zu ermäßigen. Ein anderer Redner, Oberbürgermeister Fuß (Niel), will, obgleich er Anhänger der Reformschulen ist, die alten Sprachen nicht verdrängen. Aber er meint, die Bedeutung der Grammatik liege in den Mittelklassen; für die oberen sei die Vertiefung in die großen Dichter und Philosophen des Altertums notwendig. Außerdem habe die Reformschule für die Eltern die Möglichkeit geschaffen, sich erst von Untertertia an über den künftigen Beruf ihrer Kinder zu entscheiden. Hier wird sich, zumal wenn das Griechische erst in Obersekunda beginnen sollte, während es nach dem „Frankfurter System“ mit acht Stunden in Untersekunda einsetzt, das Bedenken geltend machen, daß es in den oberen Klassen an der Leichtigkeit der Lektüre fehlen muß, da es an einem Einleben in die fremde Sprache fehlt. Und ist es wirklich möglich, sich mit einiger Sicherheit für die Berufswahl eines Untertertianers zu entscheiden?

Schmoller steht zwar auf dem Boden des Reformgymnasiums, aber dem humanistischen Gymnasium, meint er, müsse der erste Rang bleiben. In Übereinstimmung mit diesen Rednern bekennt sich auch die Regierung nicht zur Beseitigung der alten Sprachen. Nur dürfe, meint der Minister, Griechisch und Lateinisch auf dem Gymnasium nicht so das Übergewicht bekommen, daß andre wichtige Lehrgegenstände darunter leiden. Man könne es unmöglich erreichen, daß sich jemand auf dem Gymnasium in der lateinischen und der griechischen Konversation vollkommen ausdrücke und die alten Sprachen vollkommen beherrsche. Aber der Minister betrachtet es als besondern Vorzug, daß es der neuen Schulreform gelungen ist, den Charakter und die Bedeutung des humanistischen Gymnasiums zu verstärken. Der Unterrichtsverwaltung liege es durchaus fern, eine besondere Einheits- oder Normalschule zu erstreben und sie an die Stelle des bisherigen Bewährten zu setzen. Für die untern Klassen möge dieses Verfahren Vorteile haben, aber im übrigen würde eine solche Schablonisierung des Unterrichts sehr nachteilig sein.

Was sollen wir also tun oder erwarten? Das allein Entscheidende kann nur das Experiment sein. Deshalb ist die Formel des Kommissars des Ministers wesentlich: Abwarten! Wir werden abwarten müssen, wie sich die Reformschulen bewähren, und uns dann weiter entschließen. Nach Lage der Verhältnisse muß man

diese beiden Grundsätze unzweifelhaft billigen. Da jetzt die Berechtigungen für alle drei Arten von höhern Schulen gleich sind, so mögen sie zeigen, was sie können. Es ist erfreulich, daß die Schulen nicht uniformiert werden sollen, und es wäre zu wünschen, daß man abwartet, was die Reformschule leistet, daß man nicht unausgesetzt reformiert.

Die eigentliche Entscheidung, die die anticlassische Richtung der Gegenwart wünscht, ist also verschoben. Über den Ausschluß des Griechischen ist nichts gesagt, noch weniger über die Beseitigung des Lateinischen. Daß aber die Reformschulen, hauptsächlich nach dem „Frankfurter System,“ starke Fortschritte seit 1878 gemacht haben, beweisen neuere Tabellen, z. B. bei Biermann, „Reformschulen nach Frankfurter und Altonaer System.“ Ganz unerwähnt ist die Stellung der Mathematik auf der Reformschule geblieben, gegen deren Betrieb von Sachkennern schwerwiegende Bedenken erhoben worden sind.

Die Bekämpfung der Trunksucht in einer deutschen Volksheilstätte für Trinker. Auf die gewaltigen Schäden, die die Trunksucht in unserm Volke anrichtet, ist von einsichtigen Volksfreunden schon oft warnend hingewiesen worden.

Neuerdings scheint die Erkenntnis von der Bedeutung der Frage, wie die Trunksucht als Volkslaster am wirksamsten zu bekämpfen sei, auch in breiteren Schichten der Gesellschaft Boden zu gewinnen. In fast allen größern Städten, nicht zum wenigsten in den großen Hafenstädten der Nord- und der Ostseeküste, haben sich Vereine zur Bekämpfung der Trunksucht gebildet, die es sich, wie die Vereine vom Blauen Kreuz und die Guttemplerlogen, zur Aufgabe machen, alle mit der Alkoholenzsaugung kämpfenden Personen an sich zu ziehen und ihnen in diesem Kampfe eine feste Stütze zu bieten. Ebenso haben die Krankenkassen die Frage schon mehrfach in ihren Jahresversammlungen und Bundestagungen zur Erörterung gezogen.

Unter diesen Umständen sind auch die verhältnismäßig wenigen Trinkerheilstätten, die in Deutschland, meist unter ärztlicher oder geistlicher Leitung, bestehen, mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten.

Zu den ältesten Anstalten dieser Art gehört die vom schleswig-holsteinischen Landesverein für innere Mission schon 1887 begründete, unter geistlicher Leitung stehende Trinkerheilanstalt Salem bei Rickling, deren Heilmethode im nachfolgenden kurz geschildert werden soll.

Schon bei einem flüchtigen Durchwandern der Anstalt kann man erkennen, daß besondere Kur- und Heilmittel oder Medikamente kaum angewandt werden. Alle Einrichtungen und die gesamte Lebensweise in der Anstalt sind vielmehr ausschließlich auf die Stärkung des Willens, dem Trunke zu entsagen, gerichtet.

Die Pflege und Behandlung der Kranken regelt sich deshalb nach folgenden drei Leitsätzen:

„1. Der infolge der Alkoholvergiftung erkrankte Körper soll bei völliger Enthaltlichkeit von allen spirituellen Getränken, bei einfacher, reizloser Kost und zweckmäßiger, streng geregelter Lebensweise gesunden.

2. Die gesunkne Willenskraft soll durch Übung und Gewöhnung an eine festgeordnete körperliche Arbeit im Freien gestählt, die Muskeln gehärtet und die Lust an eigner Schaffenskraft wieder geweckt werden.

3. Da frühere Trinker fast ausnahmslos nur bei späterer völliger Enthaltlichkeit vor einem Rückfall in ihr altes Laster bewahrt bleiben, so müssen sie durch ein auf christlicher Grundlage ruhendes Gemeinschaftsleben mit Gottes Hilfe dahin geführt werden, daß sie auch nach ihrer Rückkehr in die frühern Verhältnisse, unter den von allen Seiten wieder an sie herantretenden Versuchungen, ja unter Spott und Hohn früherer Genossen standhaft bleiben und an völliger Enthaltlichkeit festhalten.“

Zur Durchführung dieser dreifachen Heilmethode wird zunächst die Kost, die unter der rührigen Leitung der Frau des Anstaltvorstehers zubereitet wird, auf das

forgsamste ausgewählt. Stark gesalzne oder sonst gewürzte Speisen, die Durst erzeugen könnten, werden streng vermieden. Als Getränke gibt es nur Tee, Kakao und Brauselimonade, diese als Beigabe zum Mittag- und Abendbrot. Bei dem reichlichen Bedarf hat sich die Anschaffung einer eignen Brauselimonadenerzeugungsmaschine, die im Keller eines Nebengebäudes aufgestellt ist und ohne besondere technische Kenntnisse gebraucht werden kann, vorzüglich bewährt. Sie erzeugt ein überaus wohlsmekendes, erfrischendes Getränk, das sicher zur Erleichterung der Alkoholentwöhnung wesentlich mit beiträgt. Die Mahlzeiten finden in einem gemeinsamen Speisesaal zu streng geregelten Zeiten statt. Durch ein regelmäßiges zweites Frühstück und durch ein Vesperbrot ist dafür gesorgt, daß zwischen den einzelnen Tagesmahlzeiten niemals größere Zwischenräume liegen.

Auch die übrige Tagesordnung der Pfleglinge ist dem zweiten der erwähnten Leitsätze entsprechend bis ins einzelne hinein geordnet. In den vier Sommermonaten Mai, Juni, Juli und August steht man um sechs Uhr, im Frühjahr und Herbst um halb sieben Uhr, in den vier Wintermonaten um halb acht Uhr auf. Nach dem ersten Frühstück und einer gemeinsamen Hausandacht gehn die Pfleglinge sofort an die Arbeit, die hauptsächlich im Freien erledigt wird und dort in der Bearbeitung des zu der Heilstätte gehörenden großen Gartens, sowie des Afers und Wiesenlandes besteht. Daneben gibt es im Hause noch eine Tischlerwerkstatt, in der einzelne Pfleglinge je nach Neigung und Fähigkeit beschäftigt werden. Die Beschäftigung ist für jeden Pflegling, gleichviel welchen Standes er ist, obligatorisch und unentgeltlich; andererseits wird von der Anstaltsleitung aber auch nicht ein bestimmtes Arbeitsergebnis von der Tagesleistung eines jeden mit Strenge verlangt, sondern es wird, namentlich in den ersten Wochen nach dem Eintritt des Pfleglings, mit einer gewissen Behaglichkeit gearbeitet und so dem Pflegling die Wiedergewöhnung an eine regelmäßige und stetige Tätigkeit jedenfalls wesentlich erleichtert. Nur müde sollen die Pfleglinge jeden Abend sein und dadurch auch ohne Morfotika einen gesunden Schlaf finden lernen. Die Arbeit dauert mit einer kürzern Frühstück- und Vesper-, sowie einer — je nach der Jahreszeit — ein- bis zweistündigen Mittagspause bis sechs oder sieben Uhr Abends. In den Wintermonaten während der Abendstunden, sowie an Tagen mit ganz schlechter Witterung tritt an Stelle der Arbeit im Freien häusliche Beschäftigung, entweder in der Tischlerwerkstatt oder sonst im Hause. Die Arbeit der Pfleglinge wird nur im Interesse der Heilstätte verwertet, die dadurch mit in die Lage gesetzt ist, ihre Pensionspreise so niedrig zu bemessen (160 Mark für das erste, 120 Mark für das zweite, 80 Mark für das dritte und 40 Mark für das vierte Aufenthaltsquartal), daß auch Minderbemittelte und für ganz arme Personen die Armenverbände oder private Wohltätigkeitsanstalten die Hilfe der Trinkerheilstätte sogar auf längere Monate hinaus in Anspruch nehmen können.

Eine längere Dauer der Pflegezeit, und zwar mindestens eine Dauer von sechs Monaten, ist aber auch zur Erreichung eines wirklichen Erfolges unbedingt notwendig.

Zwar glauben die Pfleglinge selbst meist nach mehrwöchiger regelmäßiger Tätigkeit und einwandfreier Haltung, daß sie nun für alle Zeit das Laster abgelegt und gegen alle Versuchungen der Zukunft genügende Widerstandskraft erlangt haben. Sie, und besonders die Verheirateten unter ihnen, wünschen sich deshalb häufig schon nach sechs- bis achtwöchigem Aufenthalt mehr oder weniger dringend in ihre Heimat und Familie zurück. Hier heißt es dann für die Anstaltsleitung, festbleiben und dem Pflegling seinen törichten Wunsch, dessen Erfüllung regelmäßig den ganzen Heilerfolg umstoßen würde, ausreden. Denn die Sicherheit, mit der der Pflegling in die Zukunft sieht, ist durchaus trügerisch, was ihm in der Heilstätte selbst auf folgende Weise vor die Augen geführt zu werden pflegt: Kommt die Zeit des erwachenden Selbstbewußtseins heran, so wird der bisher völlig mittellose und auf Schritt und Tritt unter Aufsicht gehaltne Pflegling gelegentlich einmal aufgefordert, eine Besorgung für die Heilstätte in der benachbarten Kreisstadt zu

machen, oder es wird seinem Wunsche, sich etwas an Kleidungsstücken, Schuhwerk usw. in der Stadt besorgen zu dürfen, nachgegeben und ihm zu diesem Zwecke ein Geldbetrag von etwas größerer Höhe, als unbedingt notwendig, mit auf den Weg gegeben. Der Pflegling, zum erstenmal nach langen Wochen wieder sein freier Herr, benützt die Gelegenheit fast immer zu einem mehr oder minder schweren Rückfall in sein altes Laster, und beschämt muß er dann zugeben, daß es mit seiner vielgerühmten Widerstandskraft noch lange nicht so weit gekommen ist, daß er unbedenklich aus der Anstalt entlassen und in seine alten Verhältnisse zurückgeschickt werden könnte. In vereinzelt Fällen verlaufen die Probestücke übrigens auch günstig, ohne jedoch damit zu einer Verkürzung der Kur zu führen, in andern wieder so ungünstig, daß die Hoffnung auf eine wirkliche Heilung vernünftigerweise aufgegeben und der Pflegling ungeheilt entlassen werden muß.

Biegt hierzu kein genügender Anlaß vor, so erfolgt in der Regel nur eine sehr ernste Ermahnung durch den Anstaltsvorsteher, und nach einigen Wochen wird dann die Probe in möglichst unmerkbarer Weise wiederholt, und so fort, bis der Pflegling mehreremal hintereinander der Versuchung widerstanden hat. Auf einen solchen Erfolg läßt sich aber nach den Erfahrungen der Heilstättenleitung erst nach langen Monaten ruhigen und gleichförmig tätigen Lebens in der Heilanstalt rechnen.

Auch nach der Entlassung sucht die Heilstättenverwaltung den Kranken nach Möglichkeit im Auge zu behalten und für sein ferneres Fortkommen zu sorgen. Besteht in der Heimat des Pfleglings ein Abstinenzverein, so empfiehlt sie ihn an diesen und stellt dem Pflegling selbst bei seinem Abschiede die Vorteile eines Anschlusses an einen solchen Verein so handgreiflich wie möglich vor Augen. Vernünftige Pfleglinge, die schon während des Aufenthalts in der Heilstätte an ihrem eignen Leibe kennen gelernt haben, wie groß die Gefahr des Rückfalls ist, werden den wohlgemeinten Ratschlägen des Heilstättenvorstehers gern Folge leisten und sich durch Anschluß an den Abstinenzverein den Rückhalt suchen, den sie gegenüber den Versuchungen des Alltagslebens und dem Gespött ihrer Umgebung brauchen. Ist kein solcher Verein in der Heimat des Pfleglings vorhanden, so bedient sich die Heilstättenverwaltung — in voller Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Punktes — der Organe des Vereins für innere Mission, um auch weiter Einfluß auf den Pflegling zu behalten. Nicht selten bedarf es einer solchen Vermittlung gar nicht einmal, da die Pfleglinge oft freiwillig in dankbarer Anhänglichkeit an die Heilanstalt in brieflichem Verkehr mit dem Vorsteher bleiben, und wenn sie in der Nähe wohnen, auch wohl selbst sich einmal wieder in der während langer Monate liebgewordenen Heimstätte zum Besuch einfinden.

Zimmerhin bleibt die rastlose Tätigkeit der Heilanstalt für das Wohl der entlassenen Pfleglinge doch im ganzen nur unvollkommenes Stückwerk. Oft versagt der um seine Hilfe angegangne Verein, weil er zu schwach und zu mangelhaft organisiert ist, dem Pflegling die nötige Stütze zu geben, oft scheitern seine Bemühungen an dem schwachen Willen des Pfleglings und der Macht der ihn umgebenden Verhältnisse, und so muß die Heilstättenverwaltung in einer leider noch immer recht beträchtlichen Zahl von Fällen die Hoffnung auf einen schönen Dauererfolg, die der scheidende Pflegling hinterließ, nachträglich begraben.

Nichtsdestoweniger kann sie stolz auf eine durchaus nicht bescheidne Anzahl von Dauererfolgen, namentlich bei dem besser gebildeten Teil ihrer Pfleglinge, zurückschauen, und deshalb verdient sie es durchaus, daß ihre Bestrebungen in immer weitern Kreisen Anerkennung und Unterstützung finden.

J.

